

# Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Helleste Zeitung des Bezirkes

**Bezugspreis:** Vierteljährlich 2 M., ohne Porto. — Einzelne Nummern 10 Pf. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. — Gemeindevorstands-Konto Nr. 3. — Postkassenkonto: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

**Anzeigenpreise:** Die festgesetzten Preise für Anzeigen, außerhalb des Hauptmannschaftsbezirks, im amtlichen Teil (von Behörden) die Stelle 1/2 Pf. — Einzelnummern 1 Pf. — Reklamen 1/2 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 279

Freitag den 1. Dezember 1922

88. Jahrgang

## Kartoffelversorgung.

Die bei der Stadt bestellten Kartoffeln gelangen gegen vorherige Begahlung (Rathaus, Zimmer Nr. 14) zur Ausgabe. **Stadtrat Dippoldiswalde.**

## Vertilches und Süßliches

**Dippoldiswalde.** Was ist denn heutzutage noch billig? hört man so oft fragen, und die Antwort darauf ist dann „Nichts“. Aber schlageloch, lieber Leser. Billig ist vor allem noch die Zeitung. Denn wenn auch die Weißeritz-Zeitung für Dezember frei ins Haus 400 M., bei Abholung 300 M. kostet, so ist das wenig gegenüber zum Beispiel einem Pfund Margarine von 900 M. oder 11 Eimern von 600 M., deren Preis sie einst gleich hatte. Darum darf man wohl auch erwarten, daß das Publikum diesen billigen Preis anerkennt, der eingehalten wird, trotzdem das Zeitungsdruckpapier jetzt das 117fache des Vorjahrespreises beträgt, trotzdem jetzt ein Bogen Zeitungsdruckpapier 2345050 M. statt einst 2100 M. beträgt.

Das Wohltätigkeitsfest, das der Landwirtschaftliche Hausfrauenverein zum Festen der Almosenrentner am nächsten Sonnabend in der „Reichstrone“ veranstaltet, verspricht einen glänzenden Verlauf zu nehmen. Fräulein Doris Walde, die beliebte Dresdner Konzertkünstlerin, die auch hier schon aufgetreten ist, wird verschiedene Vorträge, ein Theaterstück und zur Unterhaltung beitragen, und auch sonst sind noch verschiedene Vorführungen geplant, die sicher alle Anklang finden werden. Deshalb und vor allem im Interesse des guten Zweckes ist ein jährlicher Besuch der Veranstaltung zu wünschen.

In der amtlichen Bekanntmachung über „Höchstpreise für Milch und Milchzucker“ in Nr. 278 vom 30. 11. muß es unter II letzte Zeile heißen: 175 M. je Pfund Quark (das Zeichen - fehlt) oder Quarkkäse ab Molkerei oder Käseerei.

Am 1. Dezember werden, wie bereits gemeldet, bei der Reichsbahn schon wieder neue Tarifveränderungen eintreten, und zwar werden die Gültigkeit am 1. 12. und die Personentarife um 100 Prozent erhöht. Mit dieser Erhöhung um 100 Prozent betragen die Gültigkeit rund das 1880fache der Friedenssätze. Die Erhöhung der Personentarife im Dezember macht das 10fache der Friedenssätze aus. Im Personenverkehr mußten, so heißt es in der amtlichen Begründung, aus sozialen und kulturellen Rücksichten die Tarife niedrig gehalten werden. Schon jetzt aber wird angekündigt, daß weitere Erhöhungen, und zwar unter stärkerer Heranziehung der höheren Klassen, zum 1. Januar zu erwarten sind.

Den im Aufstehen befindlichen sächsischen Staatsbeamten, Geistlichen (diese, soweit sie im Staatsdienst angestellt waren) und Lehrern, sowie ihren Hinterbliebenen werden die Versorgungsgebühren Anfang Dezember in der ab 1. Oktober 1922 maßgebenden neuen Höhe aberwiesen. Zugleich erhalten sie die Mehrbeträge nachgezahlte, die sich gegenüber dem am 30. September 1922 zuständigen Gehältern für die Monate Oktober und November ergeben. Für die Monate November und Dezember haben sich die Versorgungsgebühren inzwischen weiter erhöht. Es wird angestrebt, die entsprechenden Nachzahlungsbeträge den Versorgungsberechtigten noch vor Weihnachten auf dem bisher üblichen Wege zu überweisen.

Eine vom Wirtschaftsministerium erlassene Verordnung gibt auch solchen Kaufleuten, die keine regelrechte Kaufschuldenbildung genießen konnten und wollten, die aber die Kenntnisse und Fähigkeiten eines Kaufmanns zu haben glauben, Gelegenheit, sich prüfen zu lassen und das Reisezeugnis eines Staatsbauers zu erwerben. Neuerdings wurde (wohl erstmalig) an der Staatsbauerschule in Jitzau ein solcher durch Selbststudium vorgebildeter Bauachmann geprüft. Er hat seine Prüfung bestanden. Sie hat bestätigt, daß die oben erwähnte Verordnung prüfungstechnisch reiflos befriedigend ist. Der Prüfling, 32 Jahre alt, war aus bescheidensten Verhältnissen hervorgegangen. Er hat seit Jahren aus eigenem Antrieb mit offensichtlich großem Fleiß und jäher Ausdauer an seiner Bildung gearbeitet. Seine Freude über die Ausbändigung des Reisezeugnisses war deshalb auch besonders groß. Es ist hier ein neuer Beweis erbracht, daß es für die Beurteilung der Tüchtigkeit und für den Aufstieg des Tüchtigen nicht darauf ankommt, wo er sich seine Kenntnisse erworben hat, sondern einzig und allein darauf, ob und in welchem Umfang er sie überhaupt besitzt. Auf diesem Wege schafft man in der Praxis wirklich „freie Bahn dem Tüchtigen“.

**Dessa.** Am vergangenen Freitag wurde hier in einer stark besuchten Versammlung christlich gesinnter Eltern aus allen Kreisen des Ortes ein christlicher Elternverein zur Erhaltung des Religionsunterrichts und der christlichen Erziehung unserer Kinder in der Schule gegründet. Diese Gründung war ein Akt der Notwehr der Eltern gegen die religionsfeindlichen Schülerläse des jetzigen sozialistischen Kultusministers und gegen die Absichten des schon vor langer Zeit unter Führung einiger Lehrer in Dessa gegründeten weltlichen Schulvereins, der in Übereinstimmung mit der christumsfeindlichen Schulpolitik des Kultusministers die Absicht verfolgt, alles Christliche und Religiöse aus der Erziehung der Kinder auszuschalten und die weltliche Schule einzuführen. Die Versammlung zeigte den einmütigen Willen, die religiös-christlichen Güter und Werte ihren Kindern zu erhalten und an der christlichen Erziehung ihrer Kinder auch in der Schule ganz entschieden festzuhalten. Der in dieser Versammlung gewählte Vorstand setzt sich aus folgenden Mitgliedern zusammen: Alois (1. Vorsitzender), Paul Renner (2. Vorsitzender), Helmig (Schriftführer), Reinhold Wehler (Kassierer), die Mütter Hulda Renner, Liebesitz und Legler als Beisitzerinnen.

**Kreischa.** Der Sparhassenzinsfuß für Einlagen wird ab 1. Januar 1923 von 3/4 auf 4 Prozent erhöht. Der Verfassungsausschuß erhielt Auftrag, Berechnungen über die finanzielle Auswirkung bei Einführung der kommunalen Totenbestattung aufzustellen. Das Gemeindefest hat knapp 70 000 M. erbracht, trotzdem 150 Zentner Äpfel und 30 Zentner Birnen (zu 250 bzw. 150 M. pro Pfund) an Einwohner verbilligt abgegeben wurden und sämtliche Almosenempfänger je 1/4 Zentner als Geschenk erhielten. Die beschlossene Ortsammlung für das hiesige notleidende Alter

führt das Gemeinderatskollegium ohne Ausnahme selbst durch, nachdem die Lehrerschaft die Vernahme ablehnte. Die Straßentafeln sollen 9 Uhr abends wieder ausgelöscht werden, um die hohen Beleuchtungskosten zu vermeiden (dadurch spart die Gemeinde täglich 936 M.). Die Diakonistin, die bisher von der Diakonie Kreischa befolgt wurde, wird mit Luthardt, Kaufsch und Bärenklau als Gemeindefürsorge angestellt. Die Gemeinden Gomben und Gaida schlossen sich aus. Die Staatsbeihilfe mit 10 000 M. Zuschuß der Gemeinde wird an Rentnempfänger der Invaliden- und Angestellten-Versicherung zur Zahlung angewiesen.

**Dresden.** Die zweitägigen Verhandlungen, die am Dienstag und Mittwoch zwischen den Vertretern der Sozialdemokratie und der Kommunistischen Partei zwecks Bildung einer Arbeiterregierung in Sachsen stattfanden, sind gescheitert. Dieses Ergebnis war für jeden, der die kommunistische Seele kennt, und weiß, daß sie ihre Heimat in Moskau hat, und der nicht mit Schenkklappen herumläuft, voraussehbar. Nur die sächsische Sozialdemokratie hat es noch nicht begriffen, daß mit den kommunistischen Genossen ein erprießliches, gemeinschaftliches Arbeiten unmöglich ist, weil bei diesen der Appetit stets erst nach dem Essen kommt. Je mehr die Sozialdemokraten den Kommunisten entgegenkommen, desto höher schrauben diese ihre Forderungen. Und die USPD, hat es wahrlich an Entgegenkommen gegen die bekannten Forderungen der Kommunisten durchaus nicht fehlen lassen. Sie kamen in die Verhandlung mit 10 Richtlinien, in denen sie u. a. folgendes gelobten: Schutz der Republik mit allen gesetzlichen Mitteln, beschleunigte Neugestaltung der Gemeindeverfassung und Reform der staatlichen Verwaltung, Erlass eines Amnestiegesetzes, Schaffung von Arbeitnehmern, energische Einwirkung auf die Steuerpolitik des Reiches, entschiedene Verbreiterung der Vergeltung der Produktionsmittel und des Warenaustausches, Förderung des Wohnungsbaues auf gemeinschaftlicher Grundlage, Bekämpfung des Wuchers, Trennung von Kirche und Staat und Reform des gesamten Schulwesens. Schon am ersten Verhandlungstage trat die grundsätzliche Meinungsverschiedenheit darin zutage, daß die Sozialdemokraten sich bereit erklärten, alle im Rahmen der Reichs- und Landesverfassung liegenden Machtbefugnisse anzuwenden, um ihren Forderungen Geltung zu verschaffen, während die kommunistischen Vertreter auch solche Forderungen vertraten, die durch den Appell an die Arbeiterschaft gegen das Reich durchgesetzt werden mußten. Diese grundsätzliche Auffassung trat, wie das Dresdener sozialistische Organ hervorhebt, besonders scharf bei der kommunistischen Forderung nach sofortiger Einziehung der Steuern und des Besitzes und Ausschreibung einer Zwangsanleihe in Höhe von 30 Prozent der Vermögen, sowie bei dem Verlangen, den Betriebsräten alle für das Proletariat wichtigen Befehle vorzulegen, zutage. Die kommunistische Partei ließ gleich zu Beginn der Verhandlungen durch ihren Vorsitzenden Böcker erklären, daß sie keineswegs gewillt sei, mit einem oder zwei Ministern in die Regierung einzutreten, sie könne nur ein Regierungsprogramm unter Anerkennung der von den Kommunisten aufgestellten Forderungen annehmen. Da ein Eingehen auf dieses Verlangen ohne schwere Konflikte der Reichsregierung nicht möglich wäre und auch die Sozialdemokraten befürchten, daß solche Konflikte zum größten Schaden des von ihnen vertretenen Proletariats auslaufen müßten, wurden die Verhandlungen ergebnislos abgebrochen. Die Vereinigte Sozialdemokratie in Sachsen scheint es aber trotzdem immer noch nicht aufgegeben zu haben, immer noch mit einem Erfolge ihres andauernden Liebeswerbens zu rechnen. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion wird sofort zusammenzutreten und zu der durch die gescheiterten Verhandlungen geschaffenen Lage Stellung nehmen.

Über „Erlaß der Kraftstoffmittel“ wird Professor Dr. Fingerling—Leipzig-Möckern in der von der Deutscherischen Gesellschaft für Freitag den 8. Dezember 1922 nachmittags 4 Uhr im großen Saale des Landeskulturates in Dresden, Sidonienstraße 14 II, angelegten Gesellschaftsversammlung einen Vortrag halten.

**Dohna.** Der Stadtgemeinderat beschloß, die Stadtverordnetenwahlen bis auf weiteres zu verschieben, weil die Gemeinderatsreform voraussichtlich im Anfang des nächsten Jahres Erledigung finden soll. Innerhalb eines Jahres soll aber die Wahl bestimmt stattfinden.

**Schnitz.** Eine Frau verlor Dienstag abend im Dunkeln in der Nähe des Bahnhofes eine Geldtasche mit Inhalt. Ein junger Mann, der hinter ihr kam, bemerkte den Verlust und nahm die Tasche an sich. Er schwankte zwischen Gut und Böse. Da klopfte ihm plötzlich ein Herz auf die Schulter mit den Worten: „Junger Mann, ehrlich währt am längsten“. Der junge Mann brachte, ein wenig beschämt über sein Zögern, sofort der dankbaren Frau die Geldtasche zurück.

**Musikstadt.** Ein Tische machte in einem heiligen Geschäft Einkäufe. Plötzlich bemerkte er, daß ihm eine Hundertkronennote fehlte. Als er aber das Personal verdächtigte, wurde er sofort an die Luft befördert. Passanten gegenüber behauptete er, er sei „hypnotisiert“ worden! Dabei machte er einen nervösen Griff in die Westentasche, und siehe da, der Hundertkronenschein kam ans Tageslicht. Der leichtfertige Tische erhielt noch eine Strafpredigt auf deutsche Art.

**Schneeberg.** Das Staatsgymnasium und das Volkshochschul-Lehrerseminar in Schneeberg werden mit Wirkung vom 1. April 1923 zu einer staatlichen öffentlichen höheren Lehranstalt verschmolzen.

**Aue.** Der hiesige Altertumsverein veranstaltet im Februar n. J. eine Ausstellung, die von dem Altertums- und Gegenstände des im Entstehen begriffenen hiesigen Museums enthalten wird, die aus dem Bezirke stammen, sobald vom 27. Mai an eine Jubiläumsausstellung zur 750-Jahr-Feter der Stadt, bei der natürlich Aue im Mittelpunkt stehen soll. Über den Aufbau des im Werden begriffenen Museums unterrichtete sich Professor Verling, Direktor des Kunstgewerbemuseums in Dresden, im Auftrage des Kultusministeriums in einer Besprechung mit dem Vorstande des Museumsvereins. Geplant ist eine Dreiteilung in eine Gruppe der Altertümer und Geschichtsdenkmäler heiliger Oegend, in eine Gruppe der gewerblichen und industriellen Entwicklung des Bezirkes Schwarzenberg und in eine des Kunstgewerbes und der bildenden Kunst. Mit dieser Ausgestaltung wird das neue Museum, wie Professor Verling mit großer Befriedigung feststellte, weder mit dem Erzgebirgsmuseum in Annaberg und der jungen Erzgebirgsschau in Augustus-

burg, noch mit einem anderen Museum der Umgebung in einen unerwünschten und unfruchtbaren Wettbewerb treten.

**Mplau.** Bei den Stadtverordnetenwahlen erhielten die Sozialdemokraten 2436 und die rechtslebenden Parteien 1727 Stimmen. Die Sozialdemokraten werden somit acht und die Bürgerlichen sechs Sitze im Stadtparlament erhalten.

**Klingenthal.** Die Stadtverordneten beschloßen, die Preise für elektrischen Strom für Licht auf 80 M. und für Kraft auf 60 Mark festzusetzen. Endgültig sollten die Preise erst im zweiten Drittel des November festgelegt werden. Dem Vorschlag, den Lichtstrom für November auf 100 M. und für Kraftstrom auf 80 M. heraufzusetzen, wurde zugestimmt. Für Dezember ist ein Preis von 150 bzw. 105 M. vorgesehen. Der Anschaffung von 50 Gasmeßfern für insgesamt 372 800 M. wurde ebenfalls zugestimmt.

**Blauen i. B.** Von einem Polizeibeamten wurde in den Abendstunden der letzten Tage ein Bauarbeiter überfallen, der aus einem Neubau an der Ecke der Hofmann- und Senefelderstraße eine Anzahl Diebenbretter im Werte von 25 000 M. gestohlen hatte und gerade im Begriff war, das fremde Eigentum auf einem bereitgestellten Wagen wegzuschaffen. Der Unheilige gab an, daß er die Bretter geholt habe, die Bretter zu verkaufen. Daraus wurde nun nichts; die Bretter mußte der Dieb wieder abladen; darauf wurden keine Personalien festgestellt. Dabei ergab sich, daß es sich um denselben Bauarbeiter handelte, der schon vor einigen Wochen aus einem Neubau an der Gustav-Abolstraße Diebenbretter gestohlen hatte, hinterher aber erwischt worden war.

## Aus Stadt und Land.

**61,6 Milliarden neue Banknoten.** In der dritten Novemberwoche haben sich bei der Reichsbank die Abflüsse an papierernen Zahlungsmitteln in fast unverminderter Stärke fortgesetzt. Der Banknotenumlauf ist weiter um 61,6 Milliarden Mark gestiegen.

**Kommunistische Ausschreitungen in der Provinz Hannover.** Auf dem Viehhof in Bunsdorf waren von den Kommunisten Kontrollausschüsse eingerichtet worden, die einen ungesetzlichen Einfluß auf die Preisgestaltung erstreben, die jedoch vom Magistrat wiederholt abgelehnt wurden. Doch wollte der Magistrat entgegenkommend eine Preisüberwachungsstelle, zusammengesetzt aus verschiedenen wirtschaftlichen und berufstätigen Personen, einsetzen, um der ausgeprochenen Wucher zu unterbinden. Die Kommunisten gaben sich aber hiermit nicht zufrieden, drangen in das Rathaus ein und zwangen den Magistrat zu einer entsprechenden Unterschrift. Der Regierungspräsident erklärte jedoch die erzwungene Unterschrift des Magistrats für ungültig. Darauf kam es seitens der Kommunisten zu großen Ausschreitungen, bei denen auf dem Schlachtviehhof 150 Schweine gestohlen und eine Anzahl zur Hälfte des üblichen Preises verkauft wurden. Der Oberstaatsanwalt von Hannover hat sich in Begleitung von Landjägern und Schupoameuten nach Bunsdorf begeben, um den Vorfall aufzuklären.

**Verhaftung von Denkmalschändern.** Die Weihenfelder Kriminalpolizei verhaftete in Raumburg des Schulmachers Kübler, den Arbeiter Eckstein und den Porzellandrehler Schmidtke, als sie verjuchten, Metallteile, die sie unlängst vom Bismarckdenkmal auf der Mübelsburg abmeißelten, zu verkaufen.

**Vernichtung von Erntevorräten.** In der Nähe des Schlosses Jettendach bei Wähdorf a. J. ist eine Scheune mit Erntevorräten im Werte von 18 Millionen Mark niedergebrannt. — In Mählfthal bei Darching (Bayern) löschte ein Großfeuer im Sägewerk Drachmiller die Schneidbänke, die Mahlmühle und Teile des Maschinenhauses und des Elektrizitätswerkes sowie 300 Zentner Mehl und große Getreidevorräte ein. Man vermutet Brandstiftung.

**Verbot von Tanz und Brantweinansicht.** Preußen beschließt ein allgemeines Verbot des Tanzes beim 5 Uhr-See sowie in den Luxus- und Schlemmer-Gaststätten. Für das ganze Reich wird eine Neuordnung des Schankwesens insofern geplant, als abends Brantwein nicht mehr ausgeföhnt werden darf.

**Der Silberraub im Sonderhäuser Schloß.** Im Zusammenhang mit dem schweren Einbruch in die fürstliche Silberkammer im Schloß Sonderhausen war kürzlich gemeldet worden, daß der Hofmarschall v. Halem verhaftet worden sei. Von einer Verhaftung des Hofmarschalls v. Halem kann jedoch nicht die Rede sein. Herr v. Halem ist mir in Sachen des Einbruches in die fürstliche Silberkammer amtlich vorkommen und nach Beendigung der Vernehmung so gleich entlassen worden.

Die Wäschfabrik von Raempe in Rosenbain ist durch ein Großfeuer eingekäschert worden.

Auf den Höhen des Schwarzwaldes regt der Schnee bereits über einen Meter hoch.

## Die Uniform des Reichsheeres.

Während früher die bunte Uniform der Soldaten in ihrer Vielfältigkeit schon von weitem erkennen ließ, ob ihr Träger Garbist oder Husar war, bedarf heute das Erkennen der Waffengattung eines aufmerksamen Auges. Das schlichte Grau, der einseitige Schnitt der Bekleidung, die Doppellinse am Rocktragen, die Reichsadler-Kolarde an der Dienstmütze (erkennlich am schwarzen Schirm und Sturmtrelen), umgeben von dem weißen Eichenkranz, sind die gemeinsamen Erkennungszeichen des Reichsheeres. Die Waffengattung ist heute in der Farbe der Borstöße an der Mütze, der Streifen in den Doppellinzen am Rocktragen, der Unterlagen der Schulterstücke (Offizier) der Borstöße der Schulterklappen (Unteroffizier und Mann) und schließlich bei Richtportepetragern in der Farbe der wollenen Regimentsnummern auf den Schulterklappen zum Ausdruck gebracht. Wer dem Reichsheerministerium angehört oder dem Truppengeneralstab, hat larmefinrotten Besatz. Die Farbe des Infanteristen ist weiß, die des Jägers hellgrün, goldgelb läßt den Kavalleristen erkennen. Artillerie trägt hochrot, schwarz der Pionier und hellblau die Fahrtruppe; die Kraftfahrtruppe hat rosa als Waffenfarbe, die Nachrichten-truppe hellbraun und die Sanitätsabteilung dunkelblau. Die Schulterstücke für Offiziere sind im allgemeinen die gleichen wie in der alten Armee.

Neu sind die Dienstgradabzeichen der Mannschaften. Ein Winkel aus mattsilberner Tresse auf dem linken Oberarm ist das Abzeichen eines Schützen. Gefreiter und Obergefreiter tragen zwei bzw. drei derartige Winkel. Unteroffiziere sind an einer mattsilbernen Tresse am oberen und vorderen Rand des Rocktragens, ihre einzelnen Dienstgrade an den Schulterklappen zu erkennen. Bei einem Unteroffizier ist es eine mattsilberne Tresse, an beiden Seiten und am oberen Rande der Schulterklappe ausgehäut. Beim Unterfeldwebel und Fähnrich ist auch nach der unteren Rande der Schulterklappe mit einer Tresse bedacht. Feldwebel, Wachtmeister usw. tragen außerdem noch einen weißen Stern unter der weinmetallenen Nummer der Schulterklappe. Ein zweiter Stern über der Nummer ist das Abzeichen des höchsten Unteroffiziersdienstgrades: Oberfeldwebel, Oberwachtmeister, Oberfähnrich usw.

Während für die Dienstgrade vom Feldwebel an aufwärts einsehbar, das Porteebe vorgezeichnet ist, sind Unterfeldwebel, Unteroffizier und Obergefreiter an einer grünen, mit weißen Metallfäden durchzogenen Tressel zu erkennen. Abzeichen auf dem rechten Unterarm machen besondere Dienststellungen erkennbar, z. B. zwei gekreuzte Gewehre: einen Unterwaffenmeister, ein Hufeisen: das geprägte Fußbeschlagespersonal. Die Schießhauszeichnungen (grüne Borten mit silbernen Streifen) werden am linken Armeelaufschlag getragen. Die Anzahl der Borten richtet sich nach der Höhe der Auszeichnungen. Wer zur Scharfschützenklasse gehört, trägt außerdem unter den Schießhauszeichnungen eine gekrümmte grüne Borte mit silbernen Streifen. Der Adjutant ist kenntlich an einer Fangschur aus Aluminiumgeflecht; sie wird von der rechten Schulter zur Knopfreihe, etwa wie früher die Schießhauszeichnung, getragen. Als Landmannschaftliches Abzeichen gilt die Landeskolarde, die an der Dienstmütze und über der Reichskolarde getragen wird.

## Hinrichtung griechischer Minister

England bricht die Beziehungen mit Griechenland ab.

Das griechische Revolutionsgericht hat die frühesten Minister Sunaris, Stratos, Theotokis, Protospadakis, Baltazzi und den General Gadjaneftis zum Tode verurteilt und kurz nach der Beurteilung erschossen lassen. Der Admiral Goudas und General Stratos wurden zu lebenslänglichem Gefängnis und Degradation verurteilt.

Der britische Gesandte in Athen Lindley hat unversichtlich nach Vollziehung der Hinrichtung der sechs griechischen Minister und Offiziere um seine Pässe nachgesucht und den griechischen Behörden mitgeteilt, daß er nach den Anweisungen seiner Regierung Athen zu verlassen habe. Er hat sich nach Lausanne begeben, um dem Staatssekretär des Äußeren Lord Curzon persönlich Bericht zu erstatten.

Außer der Todesstrafe sind den verurteilten Ministern noch folgende Geldstrafen auferlegt worden: Sunaris 200 000 Drachmen, Stratos 350 000 Drachmen, Protospadakis 500 000 Drachmen, Baltazzi 1 Million Drachmen und schließlich Admiral Goudas 200 000 Drachmen.

Sunaris und die übrigen fünf Minister, die jetzt der Rache der griechischen Revolutionsregierung zum Opfer gefallen sind, gehörten zu den bekanntesten Staatsmännern Griechenlands. Sunaris und Theotokis waren wiederholt Chef der griechischen Regierung und haben eine sehr lange Ministerlaufbahn hinter sich gehabt, während der sie oft vom griechischen Volk als unerschütterliche Patrioten gefeiert worden sind. In so unbegreiflicher und brutaler Weise ist der sechs-jährige Ministermord dar. Die Opfer des griechischen Revolutionstribunals haben lediglich die imperialistische Eroberungspolitik in Kleinasien fortgesetzt, die vorher ihr politischer Gegner Benizelos begonnen und die dann König Konstantin und das ganze griechische Volk einschließlich der heutigen Nachbarn in Athen mitgemacht haben. Das Festschlagen dieser Politik wurde ihnen zum Verhängnis. Gleich nach dem militärischen Zusammenbruch in Kleinasien wurden die Minister, die während des Krieges mit der Türkei am Ruder waren, sowie die militärischen Befehlshaber von der aus früheren Offizieren gebildeten Athener Revolutionsregierung verhaftet und vor ein Revolutionsgericht gestellt. Mehrere Wochen hindurch währte der Prozeß gegen die Minister und Ratgeber König Konstantins, denen das Gericht die Hauptschuld an dem verlorenen Kriege zumah. Alle Bemühungen der englischen Regierung, die Beurteilung der Minister zu verhindern, waren vergebens. Das Revolutionsgericht sprach im Sinne derjenigen

die es eingeklagt hatten, das Todesurteil. Auch ein zweiter Einspruch Englands unter Androhung sofortigen Abbruchs der diplomatischen Beziehungen, falls das Todesurteil vollstreckt werden sollte, hat den grausamen Akt der Rache der Besiegten nicht aufhalten können.

Die rasche Vollstreckung des Todesurteils dürfte voraussichtlich schwere Folgen für das griechische Volk nach sich ziehen, da es sich dadurch den Rest der Sympathien, den es noch genossen hat, endgültig verliert hat.

## England und die Ruhrbesetzung.

Bonar Law weiß nichts von Sanktionsplänen.

Der englische Ministerpräsident teilte auf eine Anfrage im Unterhaus mit, er hätte keinerlei Nachrichten, die ihn zu der Erklärung berechtigten, daß die Besetzung des Ruhrgebietes durch die Franzosen bevorstehe. Das Parlamentsmitglied Wedgwood fragte hierbei: Würde die Regierung, wenn irgendwelche Schritte in dieser Richtung getan werden würden, vorher darüber unterrichtet werden? Bonar Law erwiderte: natürlich!

Tiefe Besorgnisse in England und in Amerika.

„Times“ hebt unter Hinweis auf die im Unterhaus eingebrachte Anfrage, ob eine französische Besetzung des Ruhrgebietes „nahe bevorstehe“, die Befürchtung hervor, daß jede Tendenz aus selten Frankreichs, in diesem ernstlichen und schwierigen internationalen Problem eigenmächtig vorzugehen, zu tiefen Besorgnissen in England, und, wie die letzten Berichte aus Washington gezeigt haben, auch in Amerika Anlaß geben würden. Die französischen Staatsmänner und die verantwortliche öffentliche Meinung müßten einsehen, ebensosehr, wie dies in England erkannt wurde, daß die „bereinigte Front“ der Alliierten mit Bezug auf Deutschland und die wirtschaftliche Lage Europas von weit größerer und dauernder Bedeutung sei, als die Beschlagnahme irgendwelcher Pfänder am Rhein und darüber hinaus. Das einzige Mittel, die Lösung des europäischen Wirtschaftsproblems zu beginnen, sei, das Zusammenarbeiten und Zusammenwirken auf wirtschaftlichem Gebiet wiederherzustellen. Es könne kein Zweifel daran bestehen, daß eine eigenmächtige Aktion zur Erzwingung von Reparationen, wenn sie auch technisch und sogar moralisch noch so gerechtfertigt wäre, Europa noch weiter zerfetzen, statt seine Wiederherstellung fördern würde.

## Das bedrohte Rheinland.

Neue Pariser Erklärungen.

Die Warnmeldungen der Pariser Blätter über die Sanktionsbeschlüsse, die angeblich bei dem Kabinett im Elisee gefaßt worden sein sollen, werden in einer amtlichen Erklärung als unrichtig bezeichnet. Die Pariser Regierungspresse ergänzt die Regierungserklärung dahin, daß es sich lediglich um die „Erörterung“ derjenigen Maßnahmen gegenüber Deutschland gehandelt habe, die die französische Regierung den Alliierten unter Umständen empfehlen müßte, wenn die Frage des Moratoriums erörtert werde.

Wie die Pariser Presse weiter erklärt, ist die französische Regierung sich noch nicht ganz klar darüber, ob sie sich durch direkte Ausübung der Staatsgruben besaß machen soll oder ob sie sich mit einer Besetzung des Industriegebietes begnügen soll, um einen Druck auf die deutschen Großindustriellen auszuüben. Inzwischen hat der französische Botschafter in London dem britischen Premierminister den Wunsch Poincaré nach einer baldigen Zusammenkunft der alliierten Premierminister sowie nach Einberufung der Brüsseler Konferenz für einen Zeitpunkt nicht später als den 15. Dezember übermittelt. Bonar Law soll seine Bereitschaft erklärt haben, mit Poincaré zusammenzutreffen, hat jedoch mitgeteilt, daß er wegen der Tagung des Unterhauses London schwerlich vor dem 14. Dezember verlassen könne. Poincaré soll darauf nach Pariser Meldungen beschlossen haben, in etwa fünf Tagen selbst nach London zu reisen. Die Aussprache mit Bonar Law soll etwa bis zum 6. Dezember dauern. Danach soll dann die Konferenz der vier Ministerpräsidenten, etwa bis zum 10. oder 11. Dezember, folgen, und wenn eine Einigung zwischen ihnen erzielt sei, könnten sie dann gleich, direkt und gemeinsam, nach Brüssel zur Eröffnung der Hauptkonferenz fahren.

Poincaré reist nach London.

Inzwischen hat der französische Botschafter in London dem britischen Premierminister den Wunsch Poincaré nach einer baldigen Zusammenkunft der alliierten Premierminister sowie nach Einberufung der Brüsseler Konferenz für einen Zeitpunkt nicht später als den 15. Dezember übermittelt. Bonar Law soll seine Bereitschaft erklärt haben, mit Poincaré zusammenzutreffen, hat jedoch mitgeteilt, daß er wegen der Tagung des Unterhauses London schwerlich vor dem 14. Dezember verlassen könne. Poincaré soll darauf nach Pariser Meldungen beschlossen haben, in etwa fünf Tagen selbst nach London zu reisen. Die Aussprache mit Bonar Law soll etwa bis zum 6. Dezember dauern. Danach soll dann die Konferenz der vier Ministerpräsidenten, etwa bis zum 10. oder 11. Dezember, folgen, und wenn eine Einigung zwischen ihnen erzielt sei, könnten sie dann gleich, direkt und gemeinsam, nach Brüssel zur Eröffnung der Hauptkonferenz fahren.

## Das Sparprogramm der Post.

Abbau der Landbestellung.

In der Sitzung des Verkehrsbeirates beim Reichspostministerium machte ein Vertreter der Reichspostverwaltung ausführliche Mitteilungen über die Sparmaßnahmen, die die Reichspostverwaltung zur Sanierung ihres Betriebes in der nächsten Zeit zur Durchführung bringen will.

Die Änderungen der jetzigen Organisation der Verwaltung soll in der Weise erfolgen, daß statt dezentralisiert und eine Reihe von Kompetenzen von dem Ministerium an die Oberpostdirektionen und von diesen an die Postämter abgegeben wird. Entsprechend einer Entschlebung des Verkehrsbeirates sind beim Reichspostministerium mehrere Stellen gestrichen worden. Eine Reihe von Postämtern wird aufgehoben oder in Agenturen umgewandelt, andere können ohne Schaden mit geringer besoldeten Kräften besetzt werden.

Was den Postverkehr anlangt, so wird dringend erwogen, ob der Schalterbetrieb, abgesehen vom Telegrammverkehr, nicht früher, etwa um 6 Uhr abends, erfolgen müsse. Die Waffenaussparungen von Postämtern müssen eine Stunde vor dem öffentlichen Schalterbetrieb erfolgen. Gewisse Postbezirke müßten vergrößert, die Landbestellung aber abgebaut werden, um zwar in der Weise, daß nur eine zwei- bis dreimalige Bestellung in der Woche in bestimmten Landstrichen erfolgen solle.

Im Innern Betrieb sind Maßnahmen zur Vereinfachung des Kassens- und Rechnungswesens eingeleitet. Eine Reihe von technischen Sparmaßnahmen ist bereits durchgeführt. Das Bauprogramm wird gestreckt, in dem Fernsprechverkehr wird in den größeren Städten allmählich allgemein das Automatensystem eingeführt.

Ihre besondere Sorgfalt wendet die Reichspostverwaltung dem Abbau des überflüssigen Personals zu. Gegenüber 410 000 Köpfen vom Stande des Dezember 1921 sind am 1. April 1922 nur noch 336 000 ständige Betriebsposten vorhanden gewesen. 2000 Beamte sind in letzter Zeit an die übrige Reichspostverwaltung abgegeben worden; hier können die nächste Zeit noch mehr Beamte der Reichspost untergebracht werden, da die übrigen Reichsbehörden 14 000 Stellen gemeldet haben.

Zur Hebung der Leistungsfähigkeit werden künftig mit den Angestellten nur Tarifverträge abgeschlossen werden, in denen statt des schematischen Achtstundentages die 48-stündige Arbeitszeit zugrunde gelegt werde. In manchen technischen Betrieben sind Akkordarbeit und Prämien bereits eingeführt.

Reichspostminister Stingl erklärte sich grundsätzlich für den achtstündigen Arbeitstag, wobei er keinen Unterschied zwischen höheren und niederen Beamten gemacht wissen wollte. Eine Dezentralisation in dem Sinne, daß den Oberpostdirektionen eine größere Verantwortung übertragen werde, sei notwendig.

## Politische Rundschau.

Berlin, 30. November 1922.

Der Direktor beim Reichstag, Geheimrat Regierungsrat Bernhard Jungheim, blüht am 30. November auf eine 40jährige Tätigkeit in der Reichstagsverwaltung zurück.

Die bisher aus zwei Sozialisten und einem Demokraten bestehende Regierung in Braunschweig ist durch die Zuwahl eines dritten Sozialisten ergänzt worden. Gewählt wurde der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Bräuer.

Die Tochterin ist von Moskau nach Lausanne abgereist. Das frühere Kongreßmitglied Bartholdi ersuchte Darling, vom Kongreß einen Kredit von 50 Millionen Dollar zu fordern, der Deutschland zum Ankauf amerikanischer Waren angewandt werden soll.

Schweiz: Der Streit um die türkische Schuld.

In der Finanzkommission der Lausanner Konferenz hat man jetzt mit der Beratung über die Verteilung der ottomanischen Schuld, die Rückzahlung der Besatzungskosten und die Wiedergutmachung der Kriegsschäden begonnen. In dem Beschlusse will nur einen Teil der Schuld anerkennen und fordert die Verteilung der türkischen Schulden auf alle Nachfolgestaaten. Bezahlung von Besatzungskosten lehnt er überhaupt ab, da die heutige Türkei weder ein Interesse noch eine Schuld daran habe, daß die Alliierten Konstantinopel besetzt haben, dagegen verlangt er mit allem Nachdruck eine Kriegsschuldigung von Griechenland, das der Türkei den Krieg ausgehungen habe. Benizelos bestritt wiederum die Zahlungspflichtigkeit Griechenlands, da es ebenfalls nicht am Kriege schuld sei. Er könne sich höchstens damit einverstanden erklären, daß die Schulden gegenseitig annulliert würden. Eine Einigung wurde nicht erzielt.

Erklärung des Brotgetreides.

Berlin, 29. Novbr. Wie verlautet, beabsichtigt die preussische Regierung eine Streckung des Brotes mit Kartoffelmehl zu beantragen.

Die Folgen der Athener Vorfälle für Lausanne.

Lausanne, 29. Novbr. Die Hinrichtung der griechischen Minister in Athen kann unter Umständen den Abbruch der Lausanner Konferenz nach sich ziehen, wenn es auch nicht an Bemühungen fehlt, ein Scheitern der Verhandlungen zu vermeiden. Benizelos soll angeblich die Absicht haben, sein Amt als griechischer Delegierter niederzulegen, nachdem ihm von englischer Seite klar gemacht worden ist, daß Griechenland Stellung auf der Konferenz in Folge der Athener Vorfälle unhaltbar geworden ist.

Amerikanischer Protest in Athen.

Washington, 29. Novbr. Das Staatsdepartement hat durch den amerikanischen Geschäftsträger in Athen gegen die Hinrichtung der griechischen Minister amtlich Einspruch erheben lassen.

Die Begründung des Athener Urteils.

Athen, 29. Novbr. Das Revolutionstribunal begründet die Beurteilung der ehemaligen griechischen Staatsmänner im wesentlichen damit, daß sie den Zusammenbruch in Kleinasien provoziert hatten. Anstatt sich von der Abdankung zu überzeugen, hätten sie mit dem General Baltazzi eine Offensive verabredet, die Baltazzi unternommen habe. Hierdurch sei der Zusammenbruch der kleinasiatischen Front herbeigeführt worden. Somit hätten die Angeklagten bewußt große Teile der unter dem Kommando von Baltazzi stehenden Armee dem Feinde geopfert. Sie seien des Hochverrats überführt worden und der Strafe verfallen, die in mehreren Artikeln des Militärstrafgesetzbuches vorgesehen sei.

Die neuen Postgebühren.

Der Fernbrief 25 Mark, ab 15. Januar

50 Mark.

Der neue Postminister Stingl hat in der letzten Sitzung des Verkehrsbeirates die Ansicht geäußert, daß sein Amtsvorgänger Giesberts in seiner Gebührenpolitik die „Interessen des Publikums allzu sehr geschont“ habe. Aus dieser Äußerung muß man schließen, daß der neue Minister bei seiner Gebührenpolitik auf die Interessen des Publikums nicht allzu große Rücksichten nehmen will. Im übrigen hat er dem Vor-

gleich die Tat auf dem Fuße folgen lassen, indem er dem Verkehrsbeirat die neueste Regierungsvorlage über eine 100prozentige Gebührenerhöhung zur Stellungnahme unterbreitete. Gleichzeitig kündigte zum 15. Januar eine neue Verdoppelung der Gebühren an, so daß der Fernbrief von diesem Zeitpunkt ab 50 Mark kosten wird.

#### Die Gebühren ab 15. Dezember.

Bei dem zurzeit dem Verkehrsbeirat vorliegenden Vorschlag der Reichspostverwaltung handelt es sich, wie oben erwähnt, um einen 100prozentigen Zuschlag mit einigen Abweichungen nach oben und unten.

Die Briefe im Ortsverkehr sollen je nach Gewicht 10, 15 und 25 Mark kosten, die Fernbriefe bis zu 20 Gramm 25 Mark, in den höheren Gewichtsstufen 35 und 45 Mark. Für die Ortspostkarte werden 5 Mark, für die Fernpostkarte 15 Mark vorgeschlagen. Die Postanweisungengebühren werden durchweg verdoppelt. Die niedrigste Stufe wird von 50 auf 100 Mark erhöht u. s. f. Die Postgebühren werden ebenfalls verdoppelt. Bei Telegrammen soll eine Grundgebühr von 50 Mt und eine Wortgebühr von 20 Mt. erhoben werden.

Pakete bis zu 5 Kilogramm sollen in der Nahzone 125 Mt., in der Fernzone 250 Mark kosten. Bei den Paketen über 5-10 Kgr. soll für jedes Kilo des Paketgewichts in der Nahzone eine Gebühr von 25 Mark, in der Fernzone der doppelte Satz zu der Gebühr des 5 Kgr.-Paketes zugeschlagen werden. Für die Pakete im Gewicht über 10-20 Kgr. soll der Zuschlag 50 bzw. 120 Mark für das Kilo betragen.

Bei den Fernspreckgebühren sollen die Grundgebühren für die Hauptanschlüsse unverändert gelassen, die Orts- und Fernspreckgebühren dagegen auf den doppelten bis 2/3fachen Satz gesteigert werden.

#### Der Verkehrsansatz bei der Post.

Die Begründung dieser neuen vorgelegten Gebührenordnung enthält auch Angaben über den Verkehrsansatz, der im letzten halben Jahre eingetreten ist. Bei der Ortspostkarte ist in diesem Zeitraum ein Abgang von nahezu der Hälfte, bei dem Ortsbrief ein Abgang von einem starken Drittel eingetreten. Im Fernverkehr haben die Postkarte, die Drucksache, das Geschäftspapier, die Warenprobe und die Postanweisung ein Drittel, der Brief nahezu die Hälfte verloren.

#### Handelsteil.

— Berlin, den 29. November 1922.

Die heutige Börse verkehrte in ziemlich unsicherer Haltung. Im Frühverkehr erliefen die Devisen eine leichte Steigerung, gingen aber späterhin wieder zurück. Der Dollar notierte schließlich amtlich 8354. Das Geschäft war übrigens nur ganz gering. Polennoten hörte man mit etwa 48.

Die Effektenbörse war gleichfalls nicht einheitslich. Wenn auch die Nachfrage der Baplere Kurssteigerungen aufwies, war auf der anderen Seite doch eine beträchtliche Zahl von Abschwüngen zu verzeichnen.

Am Produktenmarkt kamen im Laufe des heutigen Vormittags noch einige Umsätze zustande, trotzdem die Offerten der Provinz verschiedentlich erhöht waren. An der Börse gestaltete sich die Lage ziemlich unübersichtlich. Im allgemeinen machte sich eine abwartende Haltung bemerkbar, und es bestand wenig Neigung, Ware zu den vorliegenden Forderungen aus dem Markte zu nehmen, nur für Roggen zeigte sich noch weiter Kaufinteresse.

#### Dohnas Untergang

##### oder: Das Kastaniendörfchen.

Eine historische Erzählung aus dem 14. und 15. Jahrhundert.  
(13. Fortsetzung.)

„Geliebter Bruder,“ erwiderte der Abt, „nicht wir sind die Lenker der Schicksale — nein! Wir alle stehen in Gottes Hand. Und Du würdest einen Frevel begehen, der so groß wie der ist, welchen Dein und mein größter Feind (oben) begangen, wolltest Du Dich des Rächerramtes unterziehen. Die Rache ist mein! Sprich der Herr. Nun wohl! laß uns die Zukunft in dessen Hand legen, worinnen unser aller Geschick ruhet!“

„Nein, nein!“ rief Bernherr zornig, „das Maß ist voll! Gottes Fluch muß den treffen, welcher nur Elend, Trauer und Not um sich verbreitet. Mit dieser Hand will ich ihn würgen, so lange noch ein Tropfen Blut in meinen Adern fließt. Er muß sterben!“

Der Abt unterbrach ihn mit den Worten: „Er ist mächtig, Du bist schwach, Bernherr; unternimm nichts eigenmächtig gegen ihn. Die Zeit wird bald kommen, wo das mächtige Haus der Dohna in Trümmer stürzen und ihnen nicht so viel Raum bleiben wird, wo sie ihr Haupt hinzulegen gedenken. Glaube mir dies!“

Indem der Abt diese weislegenden Worte sprach, trat eilig der uns schon bekannte Anstifter Raden in die Hütte, entblößte ehrfurchtsvoll sein Haupt vor dem Abte und sprach freundlich: „Hochwürdigster, ich bringe Euch traurige und freudige Botschaft; ich fand nur noch schwarze, rauchende Trümmer; eine Menge Volk aus der Umgegend räumte emsig auf der Stätte; Soldner unter der Aufsicht des Klostervogtes hielten strenge Umschau. Und man hatte bereits viele halb oder ganz geschmolzene Kirchenglocken und Kleinodien aus der glühenden Asche gezogen, aber auch mehrere halboverbrannte, unkenntliche, tote Adreper. Von den Dienstleuten ist noch niemand hergekommen, und der Herr Vogt meinte, wahrscheinlich seien alle sowie das ganze Vieh unter dem Schutte begraben. Nur der Pförtner wurde neben seinem Lager mit einer gräßlich klaffenden Wunde in der Brust tot aufgefunden. Auf dem Wege nach der Bärenkaufe haben diesen Morgen Leute einen frischen Pechtranz und eine noch neue Strickleiter gefunden. Sonst hat kein Mensch eine Spur von den Missetätern. Der Herr Schirmvogt läßt Euch sagen, er habe die im Verlaufe des Tages herzugekommenen Mönche bis auf Euren weiteren Befehl gen Leubnitz in seine Behausung gesendet und läßt Euch bitten, einstweilen auch bei ihm einzusprechen. Bei meiner Heimkehr begegnete mir im tiefen Grunde ein Häuflein Gewappneter, welche der Herr auf Worten ausgefendet hatte, um nach den Nordbrennern zu spähen.“

#### Stand der Mark.

Es kostete nach den amtlichen Notierungen der Berliner Börse am			
	29. 11.	28. 11.	1914
1 holländischer Gulden	3336	3451	1,67 M.
1 belgischer Frank	525	556	0,80 "
1 dänische Krone	1730	1760	1,12 "
1 schwedische Krone	2274	2329	1,12 "
1 italienische Lira	391	416	0,80 "
1 englisches Pfund	38104	39401	20, — "
1 Dollar	8854	8753	4,20 "
1 französischer Frank	566	603	0,80 "
1 schweizerischer Frank	1551	1640	0,80 "
1 tschechische Krone	250	269	— "

#### Soziales.

† **Zunahme der Arbeitslosigkeit.** Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen hat im Oktober 1922 die erwartete mäßige Zunahme erfahren. Sie ist von 1. Oktober zum 1. November von 16 300 auf 23 900 darunter 18 600 männliche und 5300 weibliche gestiegen. Die Zahl der Zuschlagsempfänger (unterstützungsberechtigten Familienangehörigen) des Erwerbslosen) betrug 27 000. Für die Folgezeit wird mit einer weiteren schrittweisen Verschlechterung des Arbeitsmarktes gerechnet werden müssen, einmal infolge der fortschreitenden Jahreszeit, sodann infolge der Unsicherheit der wirtschaftlichen Lage auf Grund der Sakutaberhältnisse.

#### Sport und Verkehr.

× **Die künftigen deutschen Kampfspiele.** Der Kampfspielausschuß des D. R. V. hält eine Zusammenfassung der Kampfspiele auf etwa eine Woche für wünschenswert. Zeitpunkt: Ende Juni. Durch Ausschreibungskämpfe im ganzen Lande (Thüringer, Ostpreussische, Rheinische usw. Kampfspiele) soll nur die Auslese der Besten zu den Hauptkampfspielen zugelassen werden.

× **25 Millionen Mark für Sportweide.** In den Reichetat ist eine Summe von 25 Millionen Mark für Sport- und Körperpflege, insbesondere für Spielplätze und Jugendheime, eingestellt worden.

#### Aus Stadt und Land.

× **Eine ganze Familie ermordet.** In Saarbrücken wurde eine Familie von Mann, Frau und zwei Kindern im Alter von 1 und 3 Jahren ermordet aufgefunden. Als Täter kommt ein etwa 25 Jahre alter Verwandter in Frage, den die Familie vor drei Tagen bei sich aufgenommen hatte. Er ist flüchtig.

× **Der Opfer einer Reflexepilepsie.** In einer Fabrik in Oslavan (Böhmen) erfolgte eine schwere Reflexepilepsie, wodurch vier Arbeiter getötet und eine Reihe Arbeiter verletzt wurden. Der Materialschaden ist sehr groß.

#### Keine Nachrichten.

\* Die organisierten Sudbrüder in Saarbrücken sind wegen Lohnunterschieden in den Ausstand getreten.

#### Gerichtssaal.

± **Ehrenobermeister Rahardt vor Gericht.** Der frühere Präsident der Berliner Handwerkskammer, Ehrenobermeister und Landtagsabgeordneter Karl Rahardt, dessen Verhaftung seinerzeit großes Aufsehen erreichte, hat sich jetzt mit seinem Sohn und sieben

anderen Mitangeklagten vor der Berliner Strafkammer wegen Betruges, versuchter Bestechung und anderer Delikte zu verantworten. Die Anklage wirft ihm vor in zahlreichen Fällen betrügerische Handlungen zum Schaden der Handwerkskammer, zum Schaden des Deutschen Reiches und zum Nachteil der Heeresverwaltung begangen und dadurch sich Millionenbeträge verschafft zu haben. Die den Angeklagten zur Last gelegten Straftaten reichen bis in die Jahre 1918/19 zurück. Es soll sich dabei, soweit die beiden Rahards in Frage kommen, um Schieber- und Kettenhandelsgeschäfte handeln, bei denen Karl Rahardt sich das Ansehen als Präsident der Handwerkskammer nutzbar gemacht haben soll. Die Verhandlung wird mehrere Wochen in Anspruch nehmen.

± **Ein seltsamer Milderungsgrund.** Vor kurzen hatten mehrere französische Soldaten in einem Café eines rheinischen Ortes nach 9 Uhr abends Getränke verlangt. Der Wirt aber hatte ihnen die Herausgabe von alkoholischen Getränken auf Grund eines Befehls der französischen Rheinarmee verweigert. Als sie das Lokal verlassen wollten, wurden sie wegen der Abweisung von einem jungen Deutschen verlastet. Im Café fing daraufhin eine Schlägerei an, die sich bis auf die Straße fortsetzte. Mehrere unbeteiligte Straßenpassanten wurden von den Soldaten mit Faustläuten niedergeschlagen und zum Teil erheblich verletzt. Das französische Kriegsgericht nahm trotz der ungeheuerlichen Vorgänge mildernde Umstände an, weil der eigentliche Urheber des Vorganges der Deutsche gewesen sei, der die Soldaten durch sein Verhalten gereizt hatte und begnügte sich mit Gefängnisstrafen von sechs und einem Monat.

± **Wegen Untreue und Privatankündigungen** ist der frühere Münchener Hofkassaplayer Viktor Schwannke zu fünf Monaten Gefängnis und 100 000 Mark Geldstrafe verurteilt worden, an deren Stelle eine Gefängnisstrafe von einem Jahr treten kann. Während der Revolution wurde Schwannke Intendant des Münchener Nationaltheaters. Als Mitglied des Direktoriums, Geschäftsführer und Kassierer der Clara-Ziegler-Stiftung hat er mehrere Straftaten verübt, die jetzt zu seiner Beurteilung geführt haben.

#### Scherz und Ernst.

± **Spanische Parias.** Ueber eine unglückliche von König von Spanien unternommene Reise zu dem halb-wilden Volkstamm der Hurdes liegen in spanischen Blättern Berichte vor, die darauf schließen lassen, daß man es tatsächlich mit einem Volkstamm zu tun hat, der von der europäischen Kultur so gut wie gar nicht berührt worden ist. Das Hurdes zählen etwa 8000 Köpfe und wohnen auf einem bergigen, schwer zugänglichen Gebiet zwischen Salamanca und Cáceres. Sie kennen keinen Straßenbau, weder Arzt noch Apotheke, gekochte Nahrung. Mit ihrem Vieh zusammen haufen sie in ihren fensterlosen Hütten mit gestampftem Lehm, ohne Bett, ohne irgendein Möbelstück, Krankheiten und Unzucht haben ihren Verfall beschleunigt. Ihre ganze Lage ist höchst trübselig. Zur Winterszeit müssen sie oft tagelang warten, bis sie ihre Verstorbenen zu den Begräbnisstätten schaffen können. Der König unternahm die Reise zu diesen „Parias“, um sich selbst von ihrem Elend zu überzeugen und um eine umfassende Rettungsaktion für diese Unglücklichen in die Wege zu leiten.

„Niemand wird sie finden,“ entgegnete der Abt, „der Anschlag war zu gut angelegt. Nun, guter Urban, nun wollen wir für heute bis zur Meierei aufbrechen; so weit werden meine Kräfte reichen. In Mechtildis Kämmerlein werde ich diese Nacht ruhen. Dann morgen weiter gen Dresden. Du, Bernherr, magst mich begleiten. Urban, Euch erwarre ich heute abend noch.“

„Ja, gestrenger Herr,“ antwortete Urban, „er ist an des Markgrafen Hof, um, wie er meinte, Klage gegen den zu führen, der ihm dieses Unglück bereite.“

„Was! — Er wußte es?“ rief Jeschke, „hat er es Dir nicht vertraut?“

„O ja,“ begann Urban, Jeschke halbblau zustrahlend: „er hat Euch als den erkannt, welcher ihn auf dem Gange zur Kirche verwundet hat.“

„Tod und Teufel!“ schrie Jeschke aufstehend, „hat den Abt die Tarantel gestochen? Mich, der ich zwei Tage und Nächte nicht vom Weesenstein gekommen? Du irrst Dich, Urban, — dies kann er nicht gesagt haben! — Und hat er dies getan, so ist er von Angst und Schrecken ohne Besinnung gewesen.“

„Das wäre ja,“ rief Maul, „eine furchtbare Anklage, welche der Abt gegen Dich, Jeschke, erheben könnte! Diese Schande dem Hause Dohna! Nein, dann möchte ich lieber in die Erde sinken, als noch weiter leben! — Einen Bruder mit dem Namen Heiligenschein gebannt zu wissen!“

„Sei ruhig!“ sprach Jeschke, jedoch ganz verbläht, „solte der Abt so unsinnig sein, dies zu behaupten, so kann es mir leicht werden, darzutun, daß ich den Weesenstein seit zwei Tagen nicht verlassen. Noch will ich glauben, der Abt sei im Fieberwahnsinn gewesen! Sonst ist die mir angetane Schmach unverwundbar! — Ich hoffe, Urban, der Abt hat nur die diese Worte allein anvertraut!“

„Jawohl, gestrenger Herr. Er hat sie nur mit allein ins Ohr gerannt,“ antwortete Urban.

„Nun wohl — so höre, Urban: Diese Worte vergrabe tief in Deiner Brust, — kein Mensch darf das Gehörte ahnen, viel weniger hören; sonst könnte der unausbleibliche Tod dessen nur die Folge sein! — Mit diesem händischen, verkleumerten Abte gedente ich schon fertig zu werden! — — Nun laßt uns gen Borten aufbrechen,“ sagte Jeschke laut. „Gute Nacht, Vater Urban,“ rief er, schon fortretend, während ihm Maul noch freundlich die Hand reichte und bittend sagte: „Gedenke meiner in Eurem Gebet, frommer Vater!“

„Des Herrn Segen über Euch, lieber Junfer,“ antwortete der Anstifter.

„Was macht Mechtildis, ist sie noch auf Scharfberg?“ fragte Maul.

„Nein, sie lebt jetzt wohlbehalten im Kloster zu Seubitz,“ antwortete der Klausner.

„So, bringt derselben gelegentlich meinen Gruß!“ sagte Maul im Abreiten.

(Fortsetzung folgt.)

**Gedenktafel für den 30. November.**

1667 \* Der englische Satiriker Jonathan Swift in Dublin († 1745) — 1817 \* Der Geschichtsschreiber Theodor Mommsen zu Garding in Schleswig († 1903) — 1835 \* Der Dichter Karl Drais in Altona († 1892) — 1846 \* Der Nationalökonom Friedrich List in Kuffstein (\* 1789) — 1870 Schlacht bei Wilmers; Ausfall der Pariser Armee — 1918 Thronentfugung König Wilhelms II. von Württemberg.

**Sitzung des Bezirksausschusses zu Dippoldiswalde**

Die am 29. November im Sitzungssaale der Amtshauptmannschaft stattgefundene 15. öffentliche Bezirksausschusssitzung, deren Tagesordnung insgesamt 30 Punkte umfaßte, wurde von Herrn Amtshauptmann v. d. Planitz mit Begrüßung der vollzählig erschienenen Mitglieder eröffnet. Nach Eintritt in die Tagesordnung wurde unter Bekanntgabe der Verordnung des Wirtschaftsministeriums über die Höchstpreise für Milch und Milchzeugnisse vom 27. 11. 22 und der Vorschläge der gestern gebildeten Bezirkspreisprüfungsstelle zunächst zur Frage der noch zu regelnden Kleinhandelspreise für Milch Stellung genommen. Durch jene Verordnung sind bereits Großhandels-Höchstpreise für Milch und Höchstpreise für Butter, Quark und Käse festgesetzt worden, während die Festsetzung von Kleinhandels-Höchstpreisen für Milch von den Kommunalverbänden oder Gemeinden vorzunehmen ist. Man erwidert sich in dieser Beziehung mit den von der Bezirkspreisprüfungsstelle vorgeschlagenen Listerpreisen, wie solche vom Kommunalverband unterm 28. 11. 22 auf Grund dieses Beschlusses in den Zeitungen des Bezirks veröffentlicht wurden, allenthalben einverstanden. Nach während der Beratung dieses Gegenstandes erschien eine sechsgliedrige Abordnung im Sitzungssaale und brachte eine Resolution der Vollversammlung der Betriebsräte und Kartelldelegierten zum Vortrag, wonach von der Regierung nachstehende Maßnahmen gefordert werden:

1. die Festlegung erträglicher Preise für sämtliche Erzeugnisse.
2. Anpassung des Arbeitseinkommens aller an den Lebensbedarf.
3. Ausschaltung und strengste Abminderung wucherischer Preisbildungen und Uebertreibungen.
4. ausreichende Belieferung des Marktes mit allen Erzeugnissen des täglichen Bedarfs und Erfüllung aller staatsbürgerlichen Pflichten, insbesondere rechtzeitige Abführung der Steuern zur Vermeidung von Störungen im wirtschaftlichen und staatlichen Leben.
5. Hilfe für die wirtschaftlich Schwachen.

Diese Forderungen sind auf schnellstem Wege durchzuführen. Diese Resolution wurde von den Abgeordneten begünstigt und erachtet, sie, soweit der Bezirksausschuss nicht selbst zuständig sei, mit nachdrücklicher Befürwortung an das Ministerium weiterzugeben. Bei der Besprechung kam u. a. die Preisgestaltung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse im allgemeinen und die Lieferung mehrerer nicht allenthalben einwandfreier Kartoffeln zum Tagespreise, ferner die Verteilung der Mittel zur „Altershilfe“ und die angelegte Heranziehung der Landespolizei in hiesiger Stadt nebst Umgebung am vergangenen Sonnabend zur Erörterung. Herr Amtshauptmann erklärte zum letzten Punkt, daß ihm von einer solchen Heranziehung der Sicherheitspolizei nicht das Geringste bekannt sei. Da hierzu keinerlei Veranlassung vorgelegen habe, habe er einen solchen Antrag auch nicht gestellt. Es handele sich dabei nur um leeres Gerede. Zur Resolution selbst beschloß der Bezirksausschuss nach eingehender Aussprache, die darin zum Ausdruck gebrachten Forderungen nach Möglichkeit selbst zu vertreten, soweit sie aber über seine Zuständigkeit hinausgehen, an maßgebender Stelle mit Befürwortung vorzulegen.

Nach Wiedereintritt in die Tagesordnung genehmigt der Bezirksausschuss die von der Amtshauptmannschaft mit Bekanntmachung vom 18. d. M. getroffene Neuregelung des Brotpreises und stimmt den Vorschlägen der Amtshauptmannschaft über die Verteilung der aus Staats- und Reichsmitteln gewährten Kleinrentnerbeihilfen mit der Maßgabe zu, daß Bezirk und Gemeinden zu dem Gesamtbetrage von 908.900 M. einen Zuschuß von zusammen 454.450 M. gewähren, jedoch im Bezirke eine Summe von 1.363.350 M. zur Verteilung gelangt. Die Ausschüttung dieses Betrages soll mit größter Beschleunigung vorgenommen werden. Der Bezirksausschuss erteilt ferner seine Zustimmung zu der von Grundstücksanlegern beantragten Einziehung des Fußweges von Raundorf nach Schmiedeberg von seiner Abzweigung von dem sogenannten Leichenweg in Flur Raundorf bis zu seinem Wiederanschluß an den Leichenweg in Flur Schmiedeberg (Wegeflurstück Nr. 331 des Flurbuchs für Raundorf und Teil des Wegeflurstückes Nr. 307 des Flurbuchs für Schmiedeberg) und genehmigt die Nachträge zu den Gemeindefeuerordnungen für Schlottwitz (Zuschlag zur Grundsteuer) und Seifersdorf (Hundesteuer) — im letzteren Falle unter der Voraussetzung der Annahme der von der Amtshauptmannschaft vorgeschlagenen abgeänderten Fassung durch den Gemeinderat — die Nachträge zum Ortsgesetz der Gemeinde Gomben über die Reihenachtwache und zum Ortsgesetz der Gemeinde Kreischa über die Erhebung einer Ortsabgabe von Sommergärten, die die Öffentlichkeit der Gemeinderatssitzungen in sich schließende Geschäftsordnung für den Gemeinderat zu Hohenberg und den 3. Nachtrag zum Ortsgesetz über die Unterfütterung der in den Ruhestand versetzten Hebammen im Hebammenbezirk Burkhardt, betr. den Mindestlohn der Ruhestandsunterfütterung, schließlich das Ortsgesetz der Stadt Frauenstein über Kleinhausbauten und das Ortsgesetz der Gemeinde Reichstädt über die Bestellung des Gemeindevorstands unter gleichzeitiger Erklärung der Berufsmöglichkeit des letzteren von dem im Ortsgesetze bezeichneten Zeitpunkte ab. Dagegen wurde dem 2. Nachtrag zur Satzung des Gemeindeverbandes für das Miteinigungsamt Altenberg und Umgebung, der sich infolge des von der Gemeinde Schellerbau beschlossenen Austritts aus jenem Gemeindeverbande erforderlich macht, die Genehmigung verweigert, da man den von der genannten Gemeinde für ihren Beschluß geltend gemachten Gründen nicht beizupflichten vermochte und man Wert darauf legen muß, daß Miteinigungsstellen in Schellerbau nach wie vor vom Miteinigungsamt im nahen Altenberg erledigt werden, anstatt vom Bezirksmieteinigungsamt in Dippoldiswalde, das dafür erhöhte Reisekosten und dergleichen in Anschlag bringen müßte. Die Besuche des Kaufmanns Johannes Seidel in Altenberg um Erlaubnis zur Ausübung der Gastwirtschaft einschließlich Brennweinschank im Grundstücke Ortsliste Nr. 208 Abt. A in Altenberg, Stadt Dresden\* (Uebertragung) und des Materialwarenhändlers Otto Horn-Schellerbau um Erlaubnis zum Kleinhandel mit Spirituosen in verkorkten und versiegelten Flaschen im Grundstücke Ortsliste Nr. 42 B in Schellerbau (Rekonzeption) wurden bewilligt, das letztere indes mit der Maßgabe, daß eine etwaige spätere Erweiterung der Konzession ausgeschlossen bleiben soll und das Geschäft nach noch vorzunehmender anderweiter Verhandlung mit dem Geschäftsführer allenthalben aufrecht erhalten wird. Bedingungsweise Genehmigung fand hierauf noch die Aufnahme von tischbaren Darlehen seitens der Stadtgemeinde Frauenstein und der Gemeinde Seifersdorf b. D. zur Bedeckung von Bau- und Reparaturkosten, sowie der Gemeinde Seifersdorf zur Errichtung eines Steigerturnturms für die neugegründete Freiwillige Feuerwehr. Hinsichtlich der Veräußerung zweier Grundstücke in Wärenburg und Postendorf soll von dem gesetzlich zulässigen Vorkaufsrechte des Bezirks unter dem in ersteren Falle von der Amtshauptmannschaft vorgeschlagenen Bedingungen kein Gebrauch gemacht werden. Auf 2 Besuche um Gewährung von Beihilfen aus Bezirksmitteln an

2 in benachbarten Landgemeinden wohnhafte Schüler der hiesigen Gewerbeschule wurde beifällige Entschließung gefaßt, ebenso in einer Personalangelegenheit des hiesigen Wittinists und auf ein Besuch des Landesvereins Sächs. Heimatschutz um Bewilligung einer Sonderbeihilfe. Sodann nahm der Bezirksausschuss unter gleichzeitiger Bewilligung der nötigen Mittel in Höhe von 84.000 Mark Kenntnis von einer Zuschrift des Verbandes der sächsischen Bezirksverbände, wonach dem hiesigen Bezirke in dem von genanntem Verbande zu errichtenden und zu unterhaltenden Kindererholungsheim 6 Betten zur Verfügung gestellt werden sollen, jedoch jährlich 24 Kinder daselbst untergebracht werden können, ferner, ebenfalls zustimmend, von der Erhöhung des Mitgliedsbeitrags an den Verband der Bezirksverbände von 20 auf 50 M. für jedes Tausend der Bevölkerungszahl. Dem Gesuche des Angekündigten einer Schulgemeinde des Bezirks um die ihm vom Schulvorstande versagte Anerkennung als berufsmäßiger Beamter stattzugeben, sah man sich unter den gegebenen Verhältnissen leider außerstande. Bei der Kinderbellankst in Dresden ergibt sich im laufenden Rechnungsjahre ein außerordentlich hoher Fehlbetrag, durch den die fernere Aufrechterhaltung des Anstaltsbetriebes in Frage gestellt wird. Es ist deshalb, da Wert darauf gelegt werden muß, daß die Anstalt als einziges Kinderkrankenhaus Ost Sachsens dem Regierungsbezirke erhalten bleibt, vom Verwaltungsrat die Bildung eines Gemeindeverbandes zur Uebernahme der Anstalt in Erwägung gezogen werden. Die Amtshauptmannschaft wird unter grundsätzlicher Einverständnisklärung mit den beabsichtigten Maßnahmen ermächtigt, den hiesigen Bezirk bei den weiteren diesbezüglichen Verhandlungen zu vertreten und darüber dem Bezirksausschuss feinerzeit zu berichten. Dem Einspruch des Saalhaberverbandes gegen die ihm mitgeteilte, gemäß einem früheren Bezirksausschussbeschlusse in Aussicht genommene Erhöhung der Höhe für die Bezirkstanzsteuer vermochte man nicht stattzugeben, es würde indes beschlossen, gegen einen steuerfreien Zuschlag der Tanzwirte in Höhe von 3 M. zu der in gleicher Höhe neu festzusetzenden Tanzsteuer keine Ein-

wendungen zu erheben. Zum Schluß wurde Bericht erstattet über den Stand einer Kartoffel-Angelegenheit aus dem Vorjahre mit dem Kreise Ranslau und dem von der Amtshauptmannschaft vorgeschlagenen Vergleiche vom Bezirksausschuss zugestimmt.

**Beste Nachrichten**

**Die amerikanischen Truppen bleiben am Rhein.**

Paris. Aus New York wird gemeldet, daß das Staatsdepartement mitgeteilt habe, daß trotz des lebhaften Wunsches der Regierung, die amerikanischen Truppen am Rhein nach Amerika zurückzurufen, sie dennoch bis auf weiteres an ihren Standorten verbleiben müßten infolge wichtiger Gründe, die mit der auswärtigen Politik zusammenhängen. Man nimmt an, daß diese Entscheidung mit den Pariser Beschlüssen, betreffend Beilegung des Ruhrgebietes zusammenhängt.

**Die Reise der deutschen Industriellen nach Frankreich verschoben.**

Berlin, 30. Nov. Das Berliner Tageblatt glaubt zu wissen, daß die geplante Reise der deutschen Industriellen in das zerstörte Gebiet angeht, der gegenwärtigen Lage bis auf Weiteres aufgeschoben worden sei.

**Das Ziel der französischen Regierung.**

Haag, 30. Nov. Nach dem Pariser Berichterstatter des Manchester Guardian ist das Ziel der französischen Regierung, England dazu zu bringen, Deutschland eine Anleihe von fünfzig Millionen Goldmark zu gewähren, welchen Betrag Deutschland an Frankreich abgeben müßte. Die fünfzig Millionen Goldmark, die Deutschland nach der Uebereinkunft von Spaan beanspruchen kann, hoffe es auf diese Weise zu bekommen.

**Chicago demonstriert gegen Clemenceau.**

New York, 29. November. In Chicago fand eine Demonstration gegen Clemenceau statt, wobei hervorragende Persönlichkeiten der Stadt, darunter auch der Bürgermeister, das Wort ergriffen.

**Schrotmühlen** und vorräthig und empfiehlt **Maschinenfabrik Dippoldiswalde** Erich Böhme Dippoldiswalde

Täglich **Fleisch** Freitag und Sonnabend **Bratwurst.**

**Roßschlächterei Lieber** **Fleisch u. Wurst** **Roßschlächterei Herm. Scharf**

**Brennholz,** waggonweise an Händler, Industrie und Landwirte preiswert abzugeben. **Uhlig & Arnold,** Sol-großhandlung, Chemnitz, Am Wilhelmplatz — Josephinenstr. 1. 8792-9054.

**Parfumerien** **Hermann Lommatzsch,** Drogerie zum Elefanten, Dippoldiswalde. Junges Mädchen, mit gut r. Handchrift, mit Stereographie und Schreibmaschine vertraut, sucht sofort oder später Stellung. Offerten unter „P. 210“ an die Geschäftsstelle.

**Neuer Anzug** mittlerer Größe zu verkaufen. Zu erf. durch die Geschäftsst.

**Wochenkarten** für 6 Nummern der „Weißeritz-Zeitung“ zum Preise von 110 Mark aus, die an jedem Tage entnommen werden können. — Einzel-Nr. 20. — **Verlag der „Weißeritz-Zeitung“**

**Turnverein Dippoldiswalde (D. T.)** Sonnabend den 2. Dezember **gesellschaftl. Beisammensitzen mit Tanzchen** in der „**Frankenmühl**“ **Ulberndorf.** Sammeln 1/28 Uhr abends Café Sahn. Bei schlechtem Wetter Abfahrt mit dem Zug 1/9 Uhr. Zahlreiche Beteiligung, besonders auch der an den Unterhaltungsabenden Beteiligten, erwartet d. T. Junges, anständiges Mädchen sucht per sofort oder später **freundliches Zimmer.** Anfragen an die Geschäftsstelle.

**Ata** bestes **Putz-u. Scheuermittel** Unentbehrlich in Haus, Werkstatt, Fabrik. **Henkel & Cie. Düsseldorf**

**Numoderne Hüte** werden wieder auf neu vorgezichtet in der **Färberei Kunst,** jetzt Freiburger Str. 238. Der letzte Posten **Sangschaff- und Schöpfstiefel, sowie Arbeits- und Kinderkappe** noch bis Sonntag à billigen Preis **3 Trachbrod,** Dippoldiswalde, Schulgasse 139.

**Zu Gunsten der Kleinrentner! Wohltätigkeitsfest** (Bunte Bähne, Theater, Verlosung, Tanz) **am Sonnabend, 2. Dez. ab 7 Uhr in der Reichskrone** und wird im Interesse des guten Zweckes um rechte rege Beteiligung gebeten. Eintritt 40 M. in l. Steuer. **Landw. Hausfrauenverein Dippoldiswalde.** Freiwillige Spenden zur Gabenlotterie bittet man bis 30. 11. b. d. Herrn Standf. abgeben zu wollen.

**„Reichskrone“** Sonntag den 3. Dezember oberhalb Punkt 7 Uhr **öffentl. Turner-Konzert mit Ball** vom Turnverein „Jahn“, Dippoldiswalde. Eintritt 35 M. mit Steuer. Vortragsfolgen zu haben b. E. Schmidt, Bahnhofstr., D. Kleider, Schulgasse, P. Hofmann, Markt.

**Jugendverein Oberfrauendorf!** Sonnabend den 2. Dezember **Bereinsfränzchen mit versch. Ueberräufungen** Kommt alle, ihr Freileins und Freilez, 's is' letzte für bester. Durch Mitglieder eingeführte Gäste sind herzlich willkommen. D. B.

**Kasino Reinhardtsgrimma u. Umg.** Sonnabend den 2. Dezember **Kasino, Anfang 7 Uhr, Versammlung, Anfang 6 Uhr.** Hierzu ladet ein d. B.

**Edelmetallhandlung M. Reinhardt & Co.** Dresden-N., Moritzstr. 17, II. kauft täglich 9 bis 5 Uhr **Gold-, Silber-, Platin-Gegenstände und Bruch Gebisse, Zahnstifte, Ketten, Ringe, Schmuck.** Streng reell :: Ohne Luxussteuer Kein Laden :: Diskret **Unseren Kunden wird Fahrgeld vergütet!**

**Die 182. Sächs. Landeslotterie** bringt einen neuen, wesentlich erweiterten Spielplan. Ziehung 1. Ralje am 6. Dezember. Lose bei **Louis Schmidt.**

**Ein treues Vaterberg hat aufgehört zu schlagen!** Durch die schmerzliche Nachricht, daß am Mittwoch früh 4 Uhr unser lieber, guter, treuer, sorgender Gatte, Vater, Groß- und Schwiegervater, Schwager und Onkel, Herr **Hermann Töpfer** staatl. Strohenaufseher nach langem, mit großer Geduld ertragenem Leiden im Alter von 64 Jahren 9 Monaten sanft entschlafen ist. Die Beerdigung findet Sonnabend den 2. Dez. 1/2 Uhr vom Trauerhause aus statt. **Schmieberg, 29. November, 1922.** Die tieftrauernde Witwe **Anna Töpfer** nebst Hinterbliebenen.